

Der Gewerksverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementpreis: durch die Post bezogen 1 Mk. — Unter Kreuzband 1 Mk. 25 Pf. — Alle Bestellungen, für Berlin alle Getragungsgebühren, nehmen Bestellungen an. — Inserate pro Zeile: Geschäftsang. 25 Pf., Familienang. 15 Pf., Vereinsanzeigen 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion u. Exped.: N.O. Westfälischestr. 22/23. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

(Eigentum des Verbandes.)

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Centralrathe der Deutschen Gewerksvereine
(Hrsg. Rudolf)

Der Abonnement von mindestens 6 Grund. unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder der ermäßigte Betrag von 75 Pf. ein. welche franco an den Verbandsratgeber, Rudolf R. N.O. Westfälischestr. 22/23, einzuwenden sind. Für Mitglieder 35 Pf. pro Quartal. Bei obligatorischem Abonnement tritt der Gewerksvereine 35 Pf. pro Viertel. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720

Nr. 7.

Berlin, 16. Februar 1906.

Achtunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Ein mannhaftes Wort. — Beruf und Lebenslauf. — Es hat ja doch keinen Zweck! — Wochenschau. — Gewerksvereine-Teil. — Tätigkeitsberichte. — Verbands-Teil. — Anzeigen-Teil.

Ein mannhaftes Wort.

Bei den sozialpolitischen Debatten im Reichstage hat auch der Staatssekretär Dr. Graf von Posadowsky-Wehner wiederholt das Wort genommen. Seine Reden lassen erkennen, daß das Reichamt des Innern und sein Chef sozialpolitisch fortschrittlich denken. Auf konservativer und nationalliberaler Seite waren die nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen mit den Sozialdemokraten in einen Topf geworfen worden.

Die Redner dieser Parteien wiederholten sinngemäß das Wort des Geheimen Kommerzienrats Rirdorff auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik in Mannheim. Mit den Arbeiterorganisationen soll nicht verhandelt werden, auch nicht mit den außerhalb der Sozialdemokratie stehenden, die noch schlimmer sind, weil sie ihre Pläne unter dem Mantelchen christlicher Liebe und Eintracht versteckt halten.

Dieser Auffassung trat Herr Graf von Posadowsky in der Sitzung vom 6. Februar mit erschöpfender Deutlichkeit entgegen. Wir wollen diesen Teil aus der Rede des Staatssekretärs nach dem stenographischen Bericht des Reichstages wörtlich wiedergeben:

„Meine Herren, es scheint Kreise zu geben, die sich der Hoffnung hingeben, daß trotz unserer großen industriellen Entwicklung die Arbeiterbewegung gesellig ganz beseitigt werden könnte, daß die Arbeiterbewegung trotz dieser industriellen Entwicklung in Deutschland von selbst aufhören könnte oder aufhören sollte. Wer das glaubt, daß in unserer modernen Zeit die Arbeiterbewegung verschwinden könnte, die dahin geht, die Lebenslage der Arbeiter zu verbessern und sie in höherem Maße als bisher an den öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen, wer das glaubt, daß bei unserer gegenwärtigen, großen industriellen Entwicklung, solange diese Entwicklung besteht, jede Arbeiterbewegung jemals aufhören würde, der, glaube ich, befindet sich in einem starken Irrtum. (Sehr richtig!)“

Man kann diese Anschauung nur haben, wenn man von einem nicht quantitativen, sondern qualitativ ziemlich eng begrenzten Interessensstandpunkt solche Fragen betrachtet. (Sehr gut!)

Man komme ich auf die Sozialdemokratie zu sprechen. Das ist aber der Unterschied zwischen einer berechtigten Arbeiterbewegung und einer unberechtigten, daß die Sozialdemokraten Forderungen stellen im Interesse der Arbeiter, die weder im Gegenwartskampf noch im Zukunftskampf noch in irgend einem Staate der Welt jemals zu erfüllen sein werden. Denn die Erfüllung dieser Forderungen würde zum Zusammenbruch des gesamten wirtschaftlichen Lebens und mit ihm des Staates führen. Weil die Sozialdemokratie hiervon überzeugt ist, erklärt sie: der ganze bestehende Staat muß beseitigt werden, es muß ein Zukunftsstaat begründet werden. Wie dieser Zukunftsstaat aussehen würde, davon habe ich wenigstens keinen Begriff. (Sehr gut!)

Deshalb muß man es doch begrüssen, wenn eine Arbeiterbewegung besteht und sich weiter entwickelt, sie erklärt:

„Wir sind auch dafür, daß die materielle Lage der Arbeiter dem wachsenden Wohlstande des gesamten

Volkes entsprechend eine bessere wird, daß die Löhne der Arbeiter den gesteigerten Lebensbedürfnissen und gesteigerten Lebensmittelpreisen folgen, daß der Arbeiter in größerem Maße als bisher auch an öffentlichen Angelegenheiten beteiligt ist, aber wir wollen dies Ziel mit gesetzlichen Mitteln verfolgen in dem bestehenden monarchischen Staat, innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft.“ (Sehr gut!)

Es ist in hohem Maße erfreulich, daß der Herr Staatssekretär in so mannhaften Worten für die volle Berechtigung derjenigen Arbeiterbewegung eintritt, die auf dem Boden der heutigen Staats- und Wirtschaftsordnung, also innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, ihre Ziele, eine höhere geistige und wirtschaftliche Lage für die Arbeiter zu erkämpfen, verfolgt. Eine reaktionäre Stellung gegen diese Arbeiterbewegung läßt sich in der Tat nur erklären aus dem engbegrenzten Interessensstandpunkt, wie ihn nationalliberale Großindustrielle und konservative Junfer vertreten.

Auch das ist erfreulich, daß Graf von Posadowsky mit klaren Worten den Unterschied hervorgehoben hat, der zwischen der auf praktische Ziele gerichteten Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie besteht, da letztere utopistischen d. h. unerfüllbaren Zielen nachjagt.

Wenn innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft überall das gleiche Verständnis für die praktische Arbeiterbewegung zur Anerkennung kommen wollte, dann würde es bald zu Ende sein mit den auf den Umsturz des bestehenden Staates gerichteten Bestrebungen der Sozialdemokratie. Von dieser Anerkennung getragen, würde die auf dem Boden der gesetzlichen Ordnung wirkende Arbeiterbewegung rasch Fortschritte machen. Wer die Arbeiter begreift, der gewinnt sie auch.

Und zu einer starken, nichtsozialdemokratischen Arbeiterbewegung muß es in Deutschland kommen. Auch darauf weist die Rede des Grafen von Posadowsky hin. Mit allem Nachdruck betonte er, daß, wenn man den drei Millionen sozialdemokratischen Stimmen gegenüber Fortschritte machen wolle in der Bekämpfung der Sozialdemokratie durch Bildung einer Arbeiterpartei, die innerhalb des gegebenen Staates, innerhalb des bürgerlichen, des monarchischen Staates, innerhalb möglicher wirtschaftlicher Grenzen, ihre Wünsche verfolgen, dann habe man doch den allerdringendsten Grund diese Arbeiterbewegung zu unterstützen. Wer aber diese Arbeiterbewegung für noch gefährlicher halte als die sozialdemokratische, der vertrete den Standpunkt, jede Forderung des Arbeiters, auch wenn sie noch so berechtigt sei, abzulehnen. Diese absolute Stellung erinnere ihn, so führte Graf von Posadowsky weiter aus, an die Stellung mancher Minister in konstitutionellen Staaten.

„Es gibt ja vielleicht Minister, die, wenn sie täglich vom Parlamente gescholten werden, wenn täglich Kritik an ihren sorgfältig vorbereiteten Gesetzentwürfen geübt wird, dann im Stillen an die seligen Zeiten der Minister zurückdenken, die noch in absoluten Staaten regierten, an einen Majarin, Michellen, Kaunth, Metternich. Aber die Zeiten sind vorbei! (Sehr richtig!) Diese Zeiten kehren nie wieder. Von diesen Gottzeiten ist nur noch der Schatten übrig geblieben. (Sehr gut!)“

Was ebenso giebt es Sozialpolitiker, wenn ich sie so nennen darf, denen jede Arbeiterbewegung un sympathisch ist, gerade so wie einen konstitutionellen Minister, der, wenn ihm etwas auf die Kerzen

Statistik aus dem Jahre 1899, aus der zu ersehen ist, daß von den Rentnempfangern bis zum 35. Lebensjahre mehr als die Hälfte tuberkulos war, im jugendlicheren Alter waren die Tuberkulosen sogar nahezu 2/3 aller Rentnempfangern.

Neben dem Staub spielt aber noch eine ganze Reihe anderer Momente eine große Rolle für die Verbreitung der Tuberkulose unter den gewerblichen Arbeitern.

Da ist zunächst die körperliche Haltung, die in vielen Berufen den Grund zu einer tuberkulösen Erkrankung gibt. Die Eingeweide und der Brustkorb können sich, wenn der Körper sich in gebeugter Haltung befindet, nicht ausdehnen, eine tiefe, energische Atmung ist unmöglich, es wird zu wenig Sauerstoff zugeführt und nicht genügend Kohlensäure abgeführt. Die dadurch bewirkte schlechte Ernährung der Lungen bewirkt eine Blutleere, die sich besonders in den Lungenspitzen bemerkbar macht. Aber gerade in blutleeren Geweben siedeln sich die Tuberkelbazillen am häufigsten an, weshalb denn auch meistens zuerst die Lungenspitzen angegriffen werden. Durch eine gekrümmte Körperhaltung entstehen ferner Bauchfalten. Die Baucheingeweide werden dadurch eingengt, drücken auf das Zwerchfell, wodurch wiederum ein ungünstiger Einfluß auf die Lungen ausgeübt wird.

Von großer Bedeutung für die Entstehung der Tuberkulose sind auch schlechte Temperatur oder häufiger Temperaturwechsel. Zunächst entstehen infolge dieser Einwirkungen Luftströmungskatarrhe, die, häufiger wiederholt, den Boden für die Tuberkulose bilden.

Auch die allgemeine Schwächung des Körpers durch schädliche Einwirkungen kommt hier in Betracht. In erster Linie muß die Bleivergiftung erwähnt werden, die neben Kollik, Erbblindung, Taubheit, Geisteskrankheiten usw. den Körper auch der Tuberkulose zugänglich macht. So sind von 1000 Angehörigen der Berliner Maler, Anstreicher und Lackierer-Angestelltenklasse 7,79 an Lungentuberkulose gestorben; von 1000 Todesfällen kamen 501 auf Lungentuberkulose. Hier ist das Blei die Ursache dieser Erkrankung. Denn Staub kommt nicht erheblich mehr in Betracht als in den anderen Berufen, und die Wohnverhältnisse sind eher noch günstiger. Die Bleierkrankung erzeugt allgemeine Schwäche, setzt die Widerstandsfähigkeit des Körpers herab und die Hindernisse für das Eindringen der Tuberkulose werden dadurch geringer. Selbstverständlich tragen auch ungesunde Wohnungs-, Ernährungs- und andere soziale Verhältnisse mit zur Entstehung der Tuberkulose bei. Für den Beruf als solchen aber sind der Staub und die anderen angeführten Schädlichkeiten die Hauptursache.

Fragen wir uns nun, welche Schutzmaßregeln getroffen werden können, so muß der Arbeitgeber in erster Linie darauf bedacht sein, die Staubentwicklung zu vermindern. Ist sie unvermeidlich, so muß der Staub sofort abgeführt werden. Trotz aller Ablehnung ist auch die Verhütung der Staubentwicklung oft sehr wohl möglich, selbst bei den Steinbauern, wenn nur in diesem Falle der Stein gehörig befeuchtet wird. Allerdings sind wenig Arbeiter dazu geneigt, weil der Stein bei Befechtung schwerer zu bearbeiten ist, namentlich im Winter, wenn das Wasser gefriert. Da sollten doch die Arbeiter immer daran erinnert werden, daß der geringe Mehrverdienst, den sie durch die Nichtbefechtung erzielen, nicht so viel wert ist, wie die Erhaltung ihrer Gesundheit. Vielfach freilich ist die Entwicklung von Staub nicht zu vermeiden. Dann muß das Hauptaugenmerk darauf gerichtet werden, das Eindringen in die Atmungsorgane zu verhindern. In diesem Falle empfiehlt sich die sogenannte Staubschutzhülle in Verbindung mit einem Ventilator. Vielfach sind auch Staubschutzmäntel in Gebrauch und sogenannte Staubschutzausrüstungen. Letztere haben allerdings häufig die der beabsichtigten entgegengesetzte Wirkung. Wenn nämlich der Schornstein nicht genügend abragt, was namentlich bei feuchtem Wetter oder ungünstigen Winden bisweilen eintritt, so wird der Staub erst recht in die Arbeitsräume hineingedrückt und kann dann seine schädliche Wirkung in vermehrtem Grade geltend machen.

Wenn sich eine zweckmäßige Abfangvorrichtung durchaus nicht durchführen läßt, dann ist es Sache des Arbeiters, durch einen Respirator, einen feuchten Schwamm oder dergl. seine Gesundheit zu schützen. Allerdings erschwert das Tragen eines auch noch so guten Respirators das Atmen und erzeugt Schweiß, weshalb die Arbeiter häufig auf seine Benutzung verzichten, obgleich eine Gefahr, ja tödlicher Ausgang droht. Vielfach wird auch mit derartigen Respiratoren insofern Umgang getrieben, als mehrere Arbeiter ein und denselben benutzen, wodurch natürlich die Übertragung von Krankheiten erheblich gefördert wird.

Die Landes-Versicherungsanstalten, denen die Aufgabe zufällt, für die Invaliden zu sorgen, haben natürlich das Bestreben, möglichst wenig Renten zu zahlen. Sie suchen daher vorbeugend zu wirken und durch eine zweckmäßige Heilbehandlung die Invalidität abzumildern, was natürlich auch nur im Interesse der Arbeiter selbst liegen kann. Sie wenden das ihnen durch das Gesetz zustehende Recht, ein Heilverfahren anzuwenden, wenn begründete Aussicht vorhanden ist, den betreffenden Arbeiter vor Invalidität zu bewahren, in immer höherem Maße an, beschränken sich dabei allerdings auf Personen, bei denen eine Besserung noch möglich ist. In dem Zwecke haben sie Lungenheilanstalten gebaut, die im Jahre 1896 750 Betten aufwiesen. Im Jahre 1900 betrug deren Zahl 8700 und im Jahre 1904 6500. Da der Aufenthalt eines Kranken in der Lungen-

heilanstalt durchschnittlich 3 Monate dauert, so können die Landes-Versicherungsanstalten in ihren eigenen Heilstätten jährlich etwa 26 000 Personen Aufnahme gewähren. Dazu kommt, daß sie auch in anderen Sanatorien, ferner auch in Bad-Sanatorien Lungenkranke entsenden, so daß die Gesamtzahl mit 40 000 nicht allzuhoch angeschlagen sein dürfte.

Aber all diese Tätigkeit der Landes-Versicherungsanstalten reicht nicht aus, da der Beruf und die sozialen Zustände, welche die Tuberkulose hervorgerufen haben, nachher immer wieder auf den kranken Körper einwirken. Für die Entlassenen besteht die Gefahr, daß, wenn sie ihren Beruf wieder aufnehmen, von neuem und noch heftiger erkranken. Daher haben einige Anstalten den Versuch gemacht, die Tuberkulösen während ihres Aufenthalts an eine andere Beschäftigung zu gewöhnen, wobei allerdings nicht der Verdienst in den Vordergrund gestellt wurde, sondern lediglich die Gesundheit. Sie haben zu diesem Zwecke kleine Werkstätten angelegt, andere, wie Hannover, Oldenburg usw. ländliche Kolonien errichtet, in die man die Kolonialisanten sandte, um sie den Tag über oder einen Teil des Tages unter Anleitung eines Arztes in neuen, unschädlichen Berufen zu beschäftigen. Freilich ist es zweifelhaft, ob auf die Dauer hier Erfolge werden erzielt werden können, da es für einen erwachsenen Menschen schwer ist, sich noch in einen anderen Beruf einzuarbeiten, so wichtig auch der Berufswechsel in gesundheitlicher Beziehung ist.

Neben den Lungenheilstätten haben die Landes-Versicherungsanstalten auch die sogenannten Walderholungsstätten eingerichtet, in denen Kranke, die wegen ihres vorgerückten Lebens in den Lungenheilstätten keine Aufnahme mehr finden konnten, gepflegt werden. Diese Walderholungsstätten besitzen viele Vorzüge. Sie sind leicht und mit geringen Mitteln einzurichten, bieten den Kranken durch ihre Lage im Walde Ruhe und frische Luft, und die auf Kosten der Krankenkasse gewährte Milch, und wenn auch einfache, so doch gute Kost, trägt auch dazu bei, die traurige Lage dieser Kranken zu verbessern.

Jedenfalls ist es möglich, der Tuberkulose manches Opfer zu entreißen, wenn immer und immer wieder durch Wort und Schrift die nötige Aufklärung über die Ursache und die Gefahr der volksverheerenden Krankheit in der Arbeiterschaft verbreitet wird.

Es hat ja doch keinen Zweck!

Schon in vielen Versammlungen ist hingewiesen worden auf den unheilvollen Satz: „Es hat ja doch keinen Zweck!“ Besonders oft hören wir ihn von den indifferenten Kollegen, wenn sie die Gründe für die Notwendigkeit der Organisation wohl anerkennen, aber trotzdem sich nicht in die Kampfreihe stellen wollen. Es ist schwer zu sagen, ob wir es bei solchen bedauerlichen Menschen mit Unverständnis oder mit Bosheit zu tun haben. Wir haben in Deutschland jetzt wohl gegen 1 1/2 Millionen organisierte Arbeiter. Der größere Teil, etwa reichlich 1 Million, entfällt auf die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Die übrigen mehr als 600 000 gehören den christlichen und kirchlich-underschiedlichen Gewerkschaften bzw. anderen Arbeitervereinen an. Alle Organisationen führen den Kampf gegen den Indifferentismus. Aber es gelingt immer nur kleinere Teile aus dem großen Meer der Unorganisierten für die Organisation zu gewinnen. Viel Opfer an Geld und Zeit muß für diese Arbeit ausgegeben werden. Um wieviel nützlicher könnten diese Beträge für die Arbeiterschaft selbst verwendet werden, wenn die Indifferenten sich leichter für die Organisation gewinnen ließen.

Alles, was die Organisationen erreichen, kommt zum guten Teil auch den nichtorganisierten Arbeitern zu gute. Die Drahnen leben mit von dem Preis der Röhre, die von den organisierten Arbeitern aufbewahrt wird. Auch in der Gesetzgebung sind viele Fortschritte den Anregungen der Arbeiterorganisationen zu danken. Die Uebereinstimmung des Reichstages in Sachen der Verkürzung der Arbeitszeit für die Arbeiterinnen ist ein Resultat der einmütigen Arbeit der Arbeiterberufsvereine, lebhaft unterstützt von den volksfreundlichen bürgerlichen Parteien und dem Verein für Sozialpolitik. Was auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes insbesondere für Frauen, Kinder und Jugendliche geleistet wurde, rettete Tausende vor dem Verfall in Siedium und frühen Tod. Auch was auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung geleistet ist, verdient unsere Anerkennung, und je besser die Arbeiter lernen, diese Einrichtungen des Staates zu würdigen, je größer wird auch ihr Einfluß auf die Ausgestaltung dieser Institutionen werden.

Innerhalb des großen Körpers der gesamten Arbeiterschaft bilden die Organisationen das fortschrittliche, zu weiterer Vervollkommnung treibende Element. Und viel weiter Wunde die Arbeiterschaft sein, wenn sie nicht in ihrem indifferenten Teile ein schweres Hindernis für die raschere Fortentwicklung der Dinge hätte. Wie ganz anders könnten dann insbesondere durch Verkürzung der Arbeitszeit die technischen Erfindungen und Verbesserungen der Arbeitsmethoden für das Gesamtwohl ausgenützt werden. Besonders im Gewerbe der Konditoren, dem ich angehöre, gehen so viele Arbeitskräfte frühzeitig zugrunde infolge der übermäßig langen Arbeitszeit. Indifferenten Kollege, begreift du nicht, wie sehr du dich verständigst, wenn du länger abseits am Wege stehst?

Wie besonders traurig sieht es in unserm Gewerbe auch in manchem Großbetrieb aus. Ashingers Konditorezentrale,

fällt, rein theoretisch das Schicksal eines allmächtigen Ministers im absoluten Staat beneiden mag."

Das ist sehr fein gesagt. Sozialpolitiker dieser Art sind heute noch zahlreiche Unternehmer, die nicht begreifen wollen, daß die Arbeiter Bürger und keine Hörigen sind. Die Arbeiter von heute wollen auch im Arbeitsverhältnis als Bürger anerkannt werden, sie wollen bei Festsetzung des Arbeitsvertrages gleichberechtigt mitwirken. Wie das absolute Staatssystem, so ist auch das absolute Herrtentum in der Industrie nicht mehr aufrecht zu erhalten.

Zutreffend war es auch, was Herr Graf von Posadowsky den Sozialdemokraten unter die Nase rieb:

Die Herren Sozialdemokraten haben aber auf ihr Konto zu schreiben, daß im Landtage die Regierung, sozialpolitisch tätig zu sein, auf absehbare Linie ist. Darüber kann gar kein Zweifel sein. Das beruht darauf, meine Herren, daß Sie erstens mit der Revolution spielen (sehr gut! in der Mitte) und zweitens darauf, daß Sie nicht objektiv genug sind, das anzuerkennen, was der Staat und die bürgerliche Gesellschaft für die arbeitenden Klassen bisher schon getan haben. (Sehr wahr! rechts, in der Mitte und links.) Auch in der Politik ist die strengste Wahrheitsliebe und die strengste Gerechtigkeit die beste Taktik! (Sehr gut! in der Mitte und links.)

... Meine Herren, Sie (die Sozialdemokraten) machen aber damit einen taktischen Fehler, Sie erkennen nicht an, was auf sozialpolitischem Gebiete bisher geschehen ist, und weil Sie sich nicht dazu entschließen können, so verstimmen Sie die Regierung, verbittern die bürgerlichen Parteien und täuschen Ihre Anhänger. (Bestes Bravo! rechts in der Mitte bei den Nationalliberalen und links.)

Diese Rede verdient in den weitesten Kreisen der Arbeiterschaft bekannt zu werden, weshalb wir sie hier zum Abdruck gebracht haben. Es scheint, als wenn das Reichsgericht einen neuen Kurs einschlagen wollte. Die deutsche, nichtsozialdemokratische Arbeiterbewegung, vornan die Deutschen Gewerksvereine, wird bereit sein, auf dieser Linie die Reichsregierung mit allen Kräften zu unterstützen.

Beruf und Tuberkulose.

(Nach einem Vortrag des Herrn Prof. Dr. Sommerfeld, gehalten am III. Volkswirtschaftlichen Abend im Verbandshaus, 7. Februar 1906.)

Unter den Krankheiten und den Todesursachen nimmt die Tuberkulose den hervorragenden Platz ein. Namentlich die gewerblichen Arbeiter haben schwer unter ihr zu leiden, und es ist eine auffallende Erscheinung, daß gewisse Berufe von dieser Krankheit mehr befallen werden.

Seit Jahrzehnten ist bekannt, daß die tuberkulöse Erkrankung nur durch Bazillen möglich ist, winzig kleine, nur durch mehrhundertfache Vergrößerung wahrnehmbare Lebewesen, die zur Klasse der Spaltpilze gehören. Die Bazillen siedeln sich an einer bestimmten Stelle an, langen an zu wandern und rufen Veränderungen im Gewebe hervor, die schließlich zum Verfall des betreffenden Organs führen. Rein körperllich ist dagegen gesamt, aber mit Vorliebe legt sich der Bazillus in den Atmungsorganen und besonders in der Lunge fest. Mit dem Eindringen des Parasiten entsteht aber nicht ohne weiteres auch die Erkrankung. Bei regem Stoffwechsel ist der Körper in der Regel widerstandsfähiger; ist er dagegen geschwächt durch angeborene oder ererbte Gebrechen oder auch durch Krankheiten, dann findet der Parasit einen günstigen Nährboden, er scheidet Stoffe aus, welche die Gewebe verändern und zerstören.

Eine große Rolle spielt also die Tuberkulose für die industriell tätigen Arbeiter, deren Lunge gerade häufig den Sitz dieser furchtbaren Krankheit bildet. Von besonderer Bedeutung ist in dieser Hinsicht der Staub. Vollständig frei von Staubeinwirkung ist auf die Dauer kein Mensch. Geringe Mengen Staubes sind auch nicht schädlich, denn sie schlagen sich sehr bald auf der feuchten Schleimhaut der Nase nieder. Auch der etwas tiefer gehende Staub wird durch die Feuchtigkeit des Nasenraumes festgehalten und ausgehustet. Dringt der Staub durch den Rhyllkopf in die Luftröhren und deren Verzweigungen ein, dann braucht auch dort noch keine Schädigung einzutreten. Finden sich doch hier jene feinen Fimmernzellen, die mit ihren feinsten, nach oben zu wimpernden Härchen den Staub aus den Atmungsorganen nach oben befördern. Erst wenn durch lange Einwirkung von Staub namentlich mit spitzen, zackigen Teilchen die Fimmernzellen zu Grunde gehen und der Staub in die Atmungsorgane ungehindert eindringen kann, dann ruft er Entzündungen hervor, die man als chronischen Bronchialkatarrh bezeichnet.

Wesentlich schlimmer ist es, wenn der Staub direkt in das Lungengewebe dringt. Auch hier hilft sich die Natur, indem durch den Reiz der Fremdkörperchen die Nerven der Schleimhaut gereizt werden, ein Hustenreiz entsteht und durch den Hustenstoß der Staub nach außen befördert wird.

Die normale Lunge ist von rosaroter Farbe und in ihrer Masse einem Schwamm vergleichbar. Unter den Einfluß des Staubes

gehen in ihrem Gewebe Veränderungen vor: sie wird bräunlich. Meistens sind allerdings nur einige solcher schwieriger Partien vorhanden, oft ist es aber auch ein ganzer Lungenlappen, zuweilen auch die ganze Lunge. Eine derartig verhärtete Lunge ist für die Luft nicht mehr durchgängig. Die Folge ist eine Erschwerung der Atmung, die man gewöhnlich, allerdings fälschlicher Weise als Asthma bezeichnet. Das Blut kann von den Adern in diese Teile nicht mehr hineingeführt werden. Sie werden blutarm, blutleer, neue Störungen innerhalb des verhärteten Teiles treten ein, er wird weich. Kommt nun diese erweichte Masse an einen Luftröhrenast, so wird sie herausgehustet, es entsteht eine Lungenhöhle. Berührt die erweichte Masse ein Blutgefäß, so wird auch dieses angegriffen und eine Lungenblutung macht sich geltend.

Alles dies sind Erscheinungen, wie sie jeder, der einmal mit einem Lungen-Tuberkulose längere Zeit sich beschäftigt hat, häufig beobachtet hat. Als weitere Folge macht sich dann bemerkbar, daß die allgemeine Ernährung leidet, das Gesicht bleich und fahl wird, so daß also der Staubfranke völlig das Bild eines Lungen-Tuberkulösen liefert. In dieser durch Staub geschwächten und angegriffenen Lunge findet die Tuberkulose selbst natürlich den besten Boden, und so kommt es, daß so zahlreiche Arbeiter, die viel Staub einatmen haben, tuberkulös erkranken.

Welche hohe Bedeutung der Staub für die Industriearbeiter hat, sieht man aus den Statistiken der Krankenkassen. In Berlin wiesen die Angehörigen der ohne Staub arbeitenden Berufe bei 1000 Todesfällen 381 auf Tuberkulose zurückzuführende auf. Bei den Angehörigen der mit Staub arbeitenden Berufe starben von 1000 480 an Tuberkulose. Da die wirtschaftliche Lage beider Arbeitergruppen im großen und ganzen dieselbe ist, so darf man wohl dieses Plus von 100 tuberkulösen Fällen auf den Staub zurückführen.

Nicht gleichgültig ist es, unter der Einwirkung welchen Staubes jemand zu arbeiten hat. Handelt es sich um feinsten, die sich nicht so leicht einbohren und leichter entfernt werden können, so ist der Staub nicht so gefährlich. Viel schlimmer ist ediger, zackiger Staub, unter dem z. B. die Metallarbeiter zu leiden haben. Von 1000 Arbeitern, die unter der Einwirkung metallischen Staubes leiden, starben an Lungen-Tuberkulose 5,8, von 1000 Todesfällen waren 470 auf Tuberkulose zurückzuführen. Bei dem organischen Staub (Horn, Holz, Tabak usw.) starben von 1000 Arbeiter 5,6 an Tuberkulose; von 1000 Todesfällen waren 537 durch Tuberkulose bedingt. Bei den Tabakarbeitern starben von 1000 8,5 an Tuberkulose; von 1000 Todesfällen kamen 599 auf Tuberkulose. Bei den Steinhauern, Glas-, Gips-, Marmorarbeitern usw., die unter mineralischem Staube zu leiden haben, starben von 1000 Arbeitern durchschnittlich 4,5 an Tuberkulose; auf 1000 Todesfälle kamen 489 durch Tuberkulose bedingt. Bei den Steinhauern und Steinhildhauern beliefen sich die Zahlen auf 39,1 bezw. 893, sind also ungeheuer hoch. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Stahlschleifern, für welche die Verhältnisse in Solingen für maßgebend angesehen werden dürfen. Bei ihnen starben von 1000 nicht weniger als 23,8 an Tuberkulose, während von 1000 Todesfällen 783 auf Tuberkulose zurückzuführen sind. Die sonstigen Eisenarbeiter derselben Krankenkasse wiesen die Zahlen 13,5 bezw. 590 auf, die übrigen Mitglieder 9,0 bezw. 460.

Die höheren Zahlen bei den Stahlschleifern sind in erster Linie auf den gefährlichen Schmirgel zurückzuführen, der einen außerordentlich scharfkantigen Staub entwickelt. Eine Rolle spielt auch der Kohlenstaub, den jeder Mensch einatmet, sei es beim Rauchen der Zigarre, beim Kochen am Herd, beim Feuern der Öfen, im Gestalt von Ruß usw. In geringen Mengen eingeatmet, ist er nicht schädlich; er erzeugt nicht Tuberkulose, wohl aber die sogenannte Kohlenlunge, die sich durch ihre schwarze, auf Kohlenpartikeln zurückzuführende Farbe auszeichnet. Charakteristisch ist, daß von 1000 im Bergbau beschäftigten Arbeitern in einem Revier von 1000 Arbeitern nur 1,2 an Tuberkulose zu Grunde gegangen sind und nur 209 Sterbefälle von 1000 auf diese Krankheit zurückzuführen sind. In einem andern Revier stiegen die Zahlen allerdings auf 2,3 bezw. 288. Der Kohlenstaub sei also gewissermaßen die Lunge gegen die Tuberkulose, die Bazillen finden in dieser keinen günstigen Boden. Bezeichnend in dieser Hinsicht ist, daß in Oberschlesien, wo die sozialen Zustände doch gewiß sehr ungünstig sind, bezüglich der Tuberkulose die besten Verhältnisse herrschen. Also die schlechte soziale Lage allein bildet nicht den Nährboden für die Tuberkulose, und der Ausbruch „Proletariatskrankheit“ ist nicht ohne weiteres berechtigt.

Erwähnt sei, daß alle diese Ergebnisse bestätigt werden durch die Berichte der Landes-Versicherungsanstalten. Interessant ist in dieser Beziehung eine im Reichs-Versicherungsamt im Jahre 1891 aufgestellte Statistik. Danach litten in Berg- und Hüttenbetriebe von den bis zum 30. Lebensjahre invalide gewordenen Männern mehr als die Hälfte an Lungen-Tuberkulose. Bei den Frauen war der Prozentsatz wenig geringer. Von den Invaliden im Alter von 25-29 Jahren war die Inzidenz bei nahezu der Hälfte der Fälle auf Tuberkulose zurückzuführen. In der Land- und Forstwirtschaft entfielen 354 Tuberkulose auf 1000 Renteneinpfänger im Alter von 20-25 Jahren. In den übrigen Berufen entfielen auf 1000 Rentenfälle 450 tuberkulöse Fälle bei Männern zwischen 25 und 30 Jahren, während die Zahl bei den gleichaltrigen Frauen in demselben Beruf nur 250 betrug. Diese Angaben werden noch bestätigt durch eine

welche für die breiten Volksschichten arbeitet und ihnen ihre Existenz verdankt, hat für die darin beschäftigten Gehilfen wenig soziales Empfinden betätigt. Nur weil die Gehilfen nicht organisiert sind, konnte die Direktion so rücksichtslos gegen sie vorgehen. Der Konditorgehilfe verdient pro Stunde nur 18—20 Pfg. und 14 Stunden muß er arbeiten. In den Bäckereien werden wenigstens 25—30 Pfg. pro Stunde gezahlt. Die Konditorgehilfen stehen in der Gewerbeordnung noch vollkommen schutzlos da und dennoch behaupten die indifferenten Kollegen: „Es hat ja doch keinen Zweck“. Weite Teile der Kollegschaft aus dem genannten Beruf haben leider noch wenig Verständnis für die große Bedeutung der Organisation. Wer endlich für dieselbe gewonnen ist und einmal seinen Nickel bezahlt hat, der glaubt natürlich gleich über Nacht alle tief eingetretenen Schäden beseitigen zu können. Warten und Aushalten ist eine Tugend, die nur von wenigen verstanden wird. Zeigt sich nicht gleich der Erfolg, dann wirft man die Fülste ins Korn und läßt wieder davon. Gewiß, solche Kollegen verdienen kein besseres Los, als ihnen beschieden ist. Es wird ein jeder so behandelt, wie er es verdient und wie man sich bettet, so schläft man auch. Die Indifferenten sind das Bleigewicht an den Füßen der vorwärtsstrebenden Organisation.

Gesellen, Gehilfen und Arbeiter, welchen Beruf ihr auch angehört, schüttelt die Gleichgültigkeit ab und tretet in die Gewerkschaft ein. Helft den Kämpfenden den Sieg zu erringen. Hört auf mit dem verfluchten Wort: „Es hat ja doch keinen Zweck!“ Jawohl es nützt, wer nicht mithilft, der hält auf, der ist schuld, wenn es um die Verwirklichung unserer siegreichen Idee nur langsam vorwärts geht. Hinein in die Gewerkschaften!
 Berlin, 7. Februar 1906.

Otto Rudolph, Schriftführer
 im Ortsverein III der Konditoren und Backgehilfen.

Wochenchau.

Berlin, 13. Februar 1906.

Je ungestümmer das Drängen nach einer Reform der Landtagswahlrechte ist, eine umso stärkere Reaktion macht sich gegen das geltende Reichstagswahlrecht geltend. Während man im Volke allgemein einen Ausgleich zwischen den Wahlrechten in dem Sinne herbeigeführt wissen will, daß das für das Reich geltende Wahlsystem auch für die Einzelstaaten eingeführt wird, zeigt sich namentlich in konservativen Kreisen immer und immer wieder das Bestreben, das Reichstagswahlrecht zu beseitigen und an seine Stelle ein dem preussischen Landtagswahlrecht ähnliches zu setzen. Als eifrige Vorkämpferin dieser Anschauungen erweist sich die „Kreuzzeitung“, die in einem diesbezüglichen Artikel unter anderem auch die Behauptung aufstellt, daß „unter der Herrschaft des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts das Niveau des Reichstages immer tiefer und tiefer gesunken sei“.

Mag sein, daß die Zusammenlegung des Reichstages manches zu wünschen übrig läßt. Sein Niveau wäre zweifellos ein ungleich höheres, wenn durch Gewährung von Diktien die Auswahl unter den Kandidaten vergrößert würde. Daß das bisher nicht geschehen ist, liegt hauptsächlich an dem Gesetze der „Kreuzzeitung“ und ihren Hintermännern in der Regierung. Glaubt denn aber etwa das edle Blatt, daß das Niveau des preussischen Landtages höher ist als das des Reichstages? Für diese Anschauung dürfte die „Kreuzzeitung“ jedenfalls nicht allzu viel Anhänger finden.

Seine bekannte Liebe zur Landwirtschaft, insbesondere aber zur heimischen Viehzucht hat Reichskanzler Fürst Bülow dieser Tage gelegentlich eines pompösen Festmahles des deutschen Landwirtschaftsrates von neuem bekundet. Er hielt eine jener Reden, welche man in den letzten Monaten über Fleischnot aus seinem Munde bereits zum Ueberflus vernommen hat. Der Rede Sinn ist immer derselbe: „Agrarisch ist Krampf!“ Nachdem Fürst Bülow den mit Viebesgaben segneten Agrariern für die ihm gezollte Anerkennung für seine Haltung in der Fleischnotfrage gedankt hatte, glaubte er behaupten zu müssen, durch sein Verhalten auch dem Lande gedient zu haben. „Ich weiß wohl“, so sprach er weiter, „daß die Fleischnotfrage, die sich in verschiedenen Gegenden längere Zeit drückend fühlbar gemacht hat und zum Teil noch fühlbar macht, eine sehr ernste Frage ist, welche die größte Beachtung verdient, und deren Bedeutung ich nie einen Augenblick verkannt habe. Ich war von vornherein, als die Fleischnotfrage eine Katastrophe zu werden drohte, entschlossen, helfend einzugreifen, soweit dies nur in meiner Macht steht. Solchen wirtschaftlichen Konjunktoren gegenüber ist meine Macht aber begrenzt, und solche Uebelstände können nicht von heute auf morgen durch schnelle Maßnahmen behoben werden.“ Im weiteren Verlauf seiner Rede, die mit jedem Satze für die anwesenden Großagrarien immer schmeichelter wurde, kolportierte der Reichskanzler wiederum die schon unzählige Male wiederlegte Behauptung, daß durch eine größere Vieheinfuhr der deutsche Viehstand schwer gelitten hätte. Auch ersuchte er die Landwirtschaft, darnach zu streben, sich vom Auslande unabhängig zu machen und den eigenen Viehstand zu heben. Auch der sonst verpönten Kleinbauern gedachte der Reichskanzler mit einigen schmeichellosen Worten. Zwar sprach

er nicht davon, wie dem Bauernstande in wirtschaftlicher Beziehung zu helfen ist, sondern wie man diese von der Bekämpfung durch die Sozialdemokratie frei machen kann. Auch der geliebte „Pod“ erhielt seinen Dank. Fürst Bülow wünschte, daß Bods praktischer Blick und sein Organisations-talent der Landwirtschaft noch lange erhalten bleiben mögen. Die Agrarier quittierten mit lebhaftem Beifall.

Während so Regierung und Großgrundbesitzer die vorhandene Fleischnot verhöhnten, versammelten sich die Fleischer Berlins zu einer Protestkundgebung gegen die immer schärfer hervortretende Viehtenerung und Fleischnot. In der Resolution heißt es u. a.:

Die Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus am 28. Januar dieses Jahres, Viehtenerung und Fleischnot betreffend, haben von neuem den unumstößlichen Beweis ergeben, daß seitens der Reichs- und Staatsregierung auf Abhilfe der noch jetzt ebenso wie vor Monaten herrschenden Notstände auf dem Gebiet der Viehtenerung und Fleischnot nicht zu hoffen ist. Der Minister für Landwirtschaft, Herr von Bobbelsief, hat wiederum bewiesen, daß er niemals als preussischer Staatsminister, sondern stets nur als einseitiger Vertreter der landwirtschaftlichen Interessen gehandelt hat. Der Herr Minister hat, wie der stenographische Bericht nachweist, unumwunden zugegeben, Urteile über den Stand der Fleischnot und die damit im engsten Zusammenhang stehenden Verhältnisse gegen seine Ueberzeugung abgegeben zu haben.

Ferner protestierten die Fleischer gegen die Behandlung der Petitionen, welche zur Milderung der Fleischnot an die Regierung gesandt wurden. Selbst nicht einmal eine Antwort wurde den Petenten zuteil.

Die große Masse des Volkes wird wissen, welche von beiden Rundgebungen die tatsächlichen Verhältnisse schildert. Eine berebete Sprache spricht hierzu eine Statistik über die Schweineschlachtungen im letzten Halbjahr 1905. Dieselbe ergab, daß im zweiten Halbjahre 1905 in Preußen über eine Million Schweine weniger geschlachtet worden, als in derselben Zeit des vorhergehenden Jahres. Diese ungeheure Abnahme macht die Fleischnot erklärlich. Von dem Rückgange entfallen rund 256 000 Stück auf das dritte und 785 000 Stück auf das vierte Quartal. An dem Rückgange sind beteiligt: die Rheinprovinz mit rund 110 000, Schlesien mit 103 000, Sachsen mit 98 000, Brandenburg mit 89 000, Westfalen mit 74 000, Hannover mit 70 000, Posen mit 58 000, Hessen-Nassau mit 56 000, Ostpreußen mit 34 000, der Stadtkreis Berlin mit 32 000, Westpreußen mit 21 000 und Pommern mit 20 000. Verhältnismäßig am größten war der Rückgang in der Provinz Posen, wo er 35 pSt. betrug (106 008 gegen 163 873). Auch im Regierungsbezirk Oppeln sind die Schweineschlachtungen von 177 172 auf 121 684, also um 32 pSt. zurückgegangen.

Fürst Bülow erwähnte auch in seiner Rede einen Ausdruck seines früheren Gesehs, welcher sagte: Ein Diplomat muß einerseits so feinsinnig sein, daß er es merkt, wenn eine Fliege hinter seinem Rücken durchs Zimmer fliegt; andererseits muß er ein Fell haben wie ein Rhinoceros. Wir registrieren diesen Ausdruck, weil der Reichskanzler tatsächlich für die Landwirtschaft äußerst feinsinnig ist, für die Wünsche der großen Masse des Volkes aber stets als der Träger eines Rhinocerosfelles erscheint.

Antimmigkeiten zwischen dem Staatssekretär v. Posadowsky und einem Teil der Anternehmer machen sich immer häufiger bemerkbar. Auch die letzte Rede, in welcher Graf v. Posadowsky den Organisationen der Arbeiter anerkennende Worte widmete, hat eine lebhafteste Erregung und manche Kundgebung in der Presse hervorgerufen. So lesen wir in der „Deutschen Bergwerkszeitung“ unter anderem: Würden die Arbeiterorganisationen bei uns auf der rein wirtschaftlichen Grundlage beruhen, auf der die englischen Trade Unions aufgebaut sind, und würden ihre Führer aus demselben Holze geschnitten sein wie die Führer der englischen Gewerksvereine, so wäre die Frage für uns erheblich einfacher und leichter. Wir aber besitzen keine Arbeiterorganisation, die erksens einheitlich und geschlossen und zweitens nicht politischer Natur ist.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ ist schlecht unterrichtet. Auf der Grundlage der englischen Trade Unions beruhen die Deutschen Gewerksvereine, welche direkt nach dem englischen Vorbild aufgebaut sind. Die Deutschen Gewerksvereine sind auch eine Organisation, die trotz aller gegenteiligen Behauptungen nicht politisch ist, sondern auf völlig neutralem Boden rein wirtschaftliche Zwecke verfolgt. Wenn es daneben noch andere Organisationen gibt, die diese Vorgänge nicht besitzen, so liegt die Schuld für diese unliebsame Erscheinung daran, daß man sich im Deutschen Reich von jeher dagegen gesträubt hat, den Berufsvereinen die gesetzliche Anerkennung und den Arbeitern ein freihetliches Koalitionsrecht zu gewähren. Dadurch ist die Arbeiterbewegung zum Teil in politische, unserer Ansicht nach, verkehrte Bahnen gelenkt worden. Die Verantwortung dafür aber trifft nicht die Arbeiter und deren Berufsvereine, sondern Kreise, die gerade der „Bergwerkszeitung“ recht nahe stehen.

Ein preussischer Bergarbeiter-Delegiertentag trat Sonntag früh in Essen zusammen. Es waren 157 Delegierte und Gäste anwesend, davon entfielen 76 Delegierte auf den sozialdemokratischen Verband, 56 auf den Christlichen Gewerksverein, 17 auf die Polenorganisation, 7 auf den Deutschen Gewerksverein. Mit Rücksicht darauf, daß auf dem allgemeinen Knappschafstage in Berlin unter 67 Delegierten

nur 5 Arbeiter gewesen sein sollen, wurde die Zahl der anwesenden Knappschäftsältesten festgesetzt, die sich auf 67 belief. Der Vorsitzende der Siebener Kommission Johann Effert (Christlicher Gewerksverein) eröffnete die Verhandlungen. Zu Vorsitzenden wurden gewählt der Reichstagsabgeordnete Sachs (Alter Verband) und Köster-Essen (Christlicher Gewerksverein). Sachs betonte die Einmütigkeit der verschiedenen Organisationen in der Stellungnahme zum Knappschäftsgegenwurf.

Mit Ausnahme einer Anrempelung des Zentrums durch den Redakteur der 'Bergarbeiterzeitung', Reimpeters, verlief der Delegiertentag friedlich. Reimpeters machte sich über den Knappschäftsverein Meinerzhagen in der Eifel lustig, der beim Landtage petitioniert habe, die Borlage rundweg abzulehnen. Dort in der Eifel passieren wunderbare Dinge. Dort habe sogar der Pfarrer in der Kirche am Sonntag von der Kanzel die Arbeiter aufgefordert, die Wagen vollzuladen. Köster wies den Angriff zurück und sagte: 'Wir verbitten uns diese Behandlung; wir wollen nicht Schulmädchen für alles sein und ständig Wige über uns machen lassen.'

Aus der sachlichen Diskussion heben wir folgendes heraus. Der Referent Knappschäftsältester Ernst Brinde-Oberhausen verlangte, daß dem Bergmann nach 25jähriger Mitgliedschaft, nach 1300 Beitragswochen, auch ohne Nachweis der Arbeitsunfähigkeit die Invalidenpension ausgezahlt werde. Die finanzielle Belastung werde keine große sein, denn das Durchschnittsalter der preussischen Bergknappen wäre von 55 Jahren im Jahre 1881, auf 48 Jahre 1904 zurückgegangen. Es gebe keine Knappschäftsvereine, die nach 20jähriger Beitragszahlung nur 5 Mt. monatliche Invalidenrente gewähren. Hieran wurde mit einigen Änderungen ein anderthalb Druckpalten langer Antrag zum Entwurf des Knappschäftsgesetzes angenommen. Der Antrag verlangt u. a. Einberaubung der Krankenkassen in die Knappschäftsvereine, Verbot der Neugründungen von Knappschäftsvereinen, freie Arztwahl im Umkreis von 10 Kilometern, Festsetzung des Krankengeldes auf 1/3 des im letzten Jahre verdienten Durchschnittslohnes, Festsetzung der Strafen auf die Höhe des Krankengeldes, Zulassung der freien Mitgliedschaft über ein Jahr hinaus, Erleichterung des Uebertritts der Mitglieder von einem Verein in den anderen.

Am Montag wurde ein Beschluß angenommen, worin ein Reichsberggesetz gefordert wird. Sollte aber die Schaffung eines Reichsberggesetzes auf Schwierigkeiten stoßen, so wünscht der Delegiertentag eine Aenderung der Gewerbeordnung noch in dieser Session in dem Sinne, daß zum Schutze der Bergarbeiter Vorschriften über Schichtzeit, Rufen, Gedinge usw. erlassen werden. Schließlich wurde den Reichs- und Landtagsabgeordneten, die für die Aufklärung der Borussia-Angelegenheit eingetreten sind, der Dank des Bergarbeiter-tages ausgesprochen.

Städtische Landwirtschaftler. Für gewöhnlich pflegen die Berichte über Sitzungen von Berufsorganisationen für Nichtangehörige des Berufes alles andere als unterhaltend zu sein. Eine Ausnahme macht die Jahresversammlung des Bundes der Landwirte, die jeweils im Februar im Berliner Zirkus Büsch stattfindet. Einen Bericht hierüber liest jeder gerne, dem Humor im Stile des 'Simplissimus' behagt. Gewiß, rein als politische Gegner betrachtet, sind die Landwirtschaftler brutal, ordinär, dumm und frech. Und doch muß man lächeln. Ist doch die ganze Stimmung auf diesen Generalversammlungen auf den Ton der allezeit fideles Janos- und Mikosch-Wige gestimmt.

Mit lustigerbeten Gesichtern und wein- und hierfeligen Augen sieht die wohlgenährte, vierstörige Gesellschaft da, von der Manege bis zu den Galerien die Zirkusbühne füllend. Ueber dem Ganzen schwebt wie Geimatsgeruch der charakteristische Pferde- und Stallduft des Zirkus. Das starke Fräulein, ihre Lebenslust und Gesundheit drängt die in den Großstadtkindern mit starkem Magen und Kerben Schwelgenden zur Betätigung und so applaudieren sie den schaltesten gestärksten Stallwigen mit unwüthiger Kraft.

Der Hauptwitz dieser Sitzung war, daß die Redner auf die Juden zielende Sticheleien vortrachten und im Moment, wo sie das Wort 'Jude' dem Sinne nach sagen mußten, so lange zauderten bis es ihnen hundertfach zugebrüllt wurde. Kein Wunder, daß die Landwirtschaftler selig darüber sind, daß die Regierung in dem 'Freischnotrummel' fest geblieben ist. Dasselbe Entzücken müssen die Gargfabrikanten bei der Hamburger Choleraepidemie empfunden haben.

Die Bündler hatten auch den Humor, sich als Schutztruppe gegen die sozialdemokratische Revolution anzubieten. Der Reichstagskammer wird sich aber den Vorschlag wohl überlegen. Umsonst machen die Bündler nichts und wer weiß, was sie sich hierfür bezahlen lassen. Da wäre es am Ende billiger, die Politik der Lebensmittelversteuerung aufzugeben. Das wäre schwereres Geschütz gegen die Sozialdemokratie als die Drecksiegel der glücklichen Landwirtschaftler.

Arbeiterbewegung. In der Textilindustrie schlägt die Arbeiterbewegung gegenwärtig die höchsten Bogen. Im November vorigen Jahres traten die Textilarbeiter des Lausitzer Industriebezirks an die Arbeitgeber mit der Forderung heran, die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen, sowie eine angemessene Erhöhung der Löhne

eintreten zu lassen. Bis zum 15. Januar d. J. sollten die Arbeitgeber ihren Entschluß den Arbeitern mitteilen. Der Termin rückte heran, ohne daß die Arbeitgeber die Arbeiter einer Antwort gewürdigt hätten. Die in letzter Zeit abgehaltenen Versammlungen der Arbeiter beschloßen, an der Forderung des zehnstündigen Arbeitstages und einer 20prozentigen Lohnerhöhung festzuhalten. — In der elsässischen Textilindustrie scheint es bereits zu einer Aussperrung zu kommen. Auch hier forderten die Arbeiter eine zehnstündige Arbeitszeit und 15 pCt. Lohnerhöhung. Die Arbeitgeber verweigerten auch hier jedes Entgegenkommen, indem sie auf die Konkurrenz mit den anderen gleichartigen Industrien und die ungünstige Gestaltung des Arbeitsmarktes nach dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs hinwiesen. Auf Grund dieser Antwort kündigten die Arbeiter eines größeren Establishments. Hierauf beschloßen die organisierten Baumwollindustriellen sämtliche Fabriken zu schließen, wenn die Arbeiter der genannten Fabrik am 21. d. Mts. die Arbeit niederlegen sollten. — In Leipzig lehnten die Arbeiter der Baumwollspinnerei den sofortigen Eintritt in den Streik ab, beschloßen aber an der Einschränkung der zehnstündigen Arbeitszeit mit dem 1. April festzuhalten. — In der sächsischen Handschuhindustrie bereitet sich ebenfalls eine Lohnbewegung vor. Nachdem vor kurzem die in den Handschuhfabriken der Umgebung von Chemnitz tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen in eine Lohnbewegung getreten sind, haben sich nun auch die Handschuhmacher von Chemnitz selbst dieser Bewegung angeschlossen. Der Kampf wird ebenfalls geführt zur Erlangung einer kürzeren Arbeitszeit und einer Lohnerhöhung von etwa 25 pCt. Chemnitz ist der Hauptsitz der Stoffhandschuhfabrikation. Da in diesem Gewerbe die Helmindustrie stark vertreten ist, so ist die Zahl der beteiligten sogenannten 'Fabrikanten' sehr hoch. Insgesamt kommen ungefähr 250 Unternehmer in Betracht. — Zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen beschloßen die Schreiner in Remscheid in eine Lohnbewegung einzutreten. Sie verlangen Verkürzung der Arbeitszeit und 10 pCt. Lohnaufschlag. Nachdem die Verhandlungen der Lohnkommission mit der Innung ergebnislos verlaufen sind, wird ein Streik unvermeidlich sein. — Etwas einschüchtliger zeigten sich die Malermeister in Münster. Um einem Ausstand der Maler vorzubeugen, beschloßen sie über den Abschluß eines Tarifvertrages mit den Gehilfen zu verhandeln.

Die Polizei ist nicht überall gleich höflich. Am höflichsten ist sie aber wohl in Berlin. Als sie neulich den Mörder Hennig gefaßt hatte, ging sie ganz gemüthlich mit ihm zur Wache und ließ sich dort von dem Mörder dezent überumpeln und verhauen, daß sie das Festhalten vergaß und der Mörder Zeit genug fand, wieder zu verschwinden. Jetzt sucht man ihn vergebens und alle Tage kann man lange Berichte in den Zeitungen lesen über 'die Jagd nach dem Mörder'. Hennig aber bleibt verschwunden. In Bromberg ist die Polizei weniger höflich. Da verhaftet sie Streikposten und führt sie gefesselt zur Wache ab. Das sieht nun natürlich so aus, als läge der Polizei viel mehr daran, einen harmlosen Streikposten sicher in Gewahrsam zu bringen, als einen Mörder. Das ist natürlich nicht richtig. Die verschiedenartige Behandlung ist einfach zurückzuführen auf das mehr oder minder große Maß von Höflichkeit der Polizei. In Zukunft wird man allerdings in Berlin Leute, die schon mehrfache Zuchtstrafe hinter sich haben, wie der Hennig, nicht mehr ganz so höflich behandeln.

Gewerksvereins-Zeil.

§ Berlin. Der D. V. der Graphischen Berufe und Maler I feierte am 27. Januar im Köpcke Hof sein 37. Stiftungsfest. Der prächtig decorierte Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Die Unterhaltung fand ihren Höhepunkt in den am Schluß der Kaffeepause aufgeführten Leberden Bildern. Regisseur hierfür war Kollege Georg Salland. Da 1. Bild stellte die Zeit dar, in welcher die Arbeiter noch nicht das Recht der Organisation hatten und wie Hürge unter der Krone standen. Im 2. Bilde wurde die Wirkung der Organisation dargestellt und die Idee des Lohntarifs vertreten. Im 3. Bilde wurde veranschaulicht, wie der Arbeitgeber der Zukunft sich nicht mehr erheben dünkt, sondern die bürgerliche Gleichberechtigung der Arbeiter anerkennt. Im 4. Bilde wurde der Begründer der Gewerksvereinsidee in Deutschland, Dr. Max Hirsch, gebührend. Die Aufführung fand härmischen Beifall bei der zahlreich erschienenen Versammlung. So nahm das Fest bis zum Schluß einen guten Verlauf. O. P.

§ Essen. Wieder einer, der daneben gehauen hat. Am 28. Januar hielt Herr Kaffenbeul, seines Zeichens sogen. christlicher Gewerkschaftssekretär, im evangelischen Arbeiterverein Essen-Rord einen Vortrag über das Thema: 'Stellungnahme zur Gewerkschaftsfrage'. Redner schloß von den Aufgaben der Arbeiterorganisationen noch wenig Verständnis zu haben, sonst hätte er nicht so viel Unwahrheiten über die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine vorgebracht. Die im Wortlaut hier wiedergegebene Resolution wurde von der Versammlung gegen 2 Gewerksvereins-Stimmen angenommen. Dieselbe lautet: 'Die Versammlung erklärt sich voll und ganz mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie erkennt an, daß es unerlässlich ist, daß die Arbeiter sich wirtschaftlich organisieren, lehnt aber den Eintritt in die sogenannten freien sozialdemokratischen, klassenkämpferischen Gewerkschaften grundsätzlich ab. Des weiteren kann die Versammlung den Eintritt in die freiständigen (?) Hirsch-Dunderschen Verbände auch nicht gutheißen, weil dieselben doch nur eine Vorstufe zur Sozialdemokratie gewesen sind.'

Was das nicht geschieht, kann auch von keinem Erfolge die Rede sein. Hoffentlich bringt uns das neue Jahr eine lebhaftere Betätigung für die Ausbreitung unserer Organisation.

Karl Oberländer, Schriftführer.

Ortsverband Neusalz.

Am 25. März hatten wir eine öffentliche Versammlung, in welcher Kollege Reuß die über Tarifverträge referierte. In der Versammlung vom 4. Februar hielt Herr Lehner einen Vortrag über die deutsche Flotte mit Erläuterung durch Illustrationen. Zum Ortsverband gehören 5 Ortsvereine mit 885 Mitgliedern. Der im April gegründete D.-B. der Tischler ist leider wieder aufgelöst worden. Am 26. März hatten wir den Bezirkskongress in unsern Mauern. Derselbe war von 40 Delegierten besucht. Der vom Ortsverband eingerichtete Rabattonsumverein hat einen Umsatz von 50 000 Mk. gemacht. Die Kaufleute haben uns einen Rabattonsumverein als Konkurrenz entgegen gestellt. In Neusalz gibt es noch viel Feld für die Organisation und noch viel an den Arbeitsverhältnissen zu verbessern. Da muß tüchtig für unsere gerechte Sache agitiert werden, damit wir immer einflußreicher werden. Notwendig ist ein fleißiger Besuch der Versammlungen. Im großen Kampfe für unsere Ideale werden wir vorwärts kommen und siegreich sein. G. Schlich, Schriftführer.

Oberbergischer Ortsverband Scheibenberg.

Wiederum ist ein Jahr verfloßen und da soll es meine Aufgabe sein, durch einen Bericht einen Überblick über dessen Verlauf zu geben. Die Tätigkeit des Ortsverbandes erstreckte sich auf 8 Ausflugsfahrten und 7 Ortsverbandversammlungen, worin eine außerordentliche mit Kollegen Bortath-Keipzig als Referenten und eine öffentliche mit den Kollegen Bortath und Herberger als Referenten, einbezogen sind. Besonders die letztere Versammlung nahm einen imponanten Verlauf und wird wohl allen als unvergessen in Erinnerung bleiben, galt es doch der Verschmälerung der Klempner und Metallarbeiter mit dem Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter Ausdruck zu geben durch einen wohlgeleiteten Kommerz mit darauffolgendem Ball, welcher eine Teilnehmer bis zum frühesten Morgen zusammenhielt.

Die Ortsverbandversammlungen selbst resp. deren Besuch ließ im zweiten Halbjahr, im Gegensatz zum ersten, zu wünschen übrig, woran jedoch die jedesmal eingetretene schlechte Witterung schuld gewesen sein mag, da ein Teil der Kollegen mit recht beträchtlichen Strecken Wegs zu den wechselnden Versammlungsorten zu rechnen hat.

Hoffentlich trifft es auch diesmal wieder zu und zeigen die Kollegen mit Eintritt der besseren Jahreszeit mehr Interesse als dies jetzt der Fall gewesen ist.

Alle Kollegen mögen sich daran gewöhnen, jede Versammlung zu besuchen und zu einem eifrigen Zusammenarbeiten beitragen, die Früchte davon sind schon in letzter Zeit zutage getreten.

Angeschlossen haben sich Ende vorigen Jahres der D.-B. der Maschinenbauer zu Schleitzau und der neugegründete D.-B. der Tischler zu Scheibenberg, welche wir auch hier nochmals herzlich willkommen heißen.

Die Verbindung mit der Lokalpresse wurde bis zu Beginn der in Scheibenberg ausgebrochenen Ausperrung lebhaft gepflegt und hatte die „Allgemeine Zeitung“ von Chemnitz, welche hier in Betracht kommt, eine sehr wesentliche Zunahme von Abonnenten an Orte zu verzeichnen. Da diese Zeitung nun einmal benehmen sollte, inwieweit die Arbeiterinteressen vertritt, wurde anlässlich der oben angeführten Ausperrung ein wahrheitsgetreuer Bericht an die Redaktion gefandt und um dessen Aufnahme gebeten. Hier versagte dieses „arbeiterfreundliche“ Blatt vollständig, trotz mehrfacher Aufforderung war es nicht zu bewegen, auch nur die geringste Notiz aufzunehmen. Infolgedessen wurde von unserm Ortsverband jegliche Verbindung mit diesem sich einseitig auf den Kapitalistenstandpunkt stellenden Organ aufgehoben und den Kollegen anheim gegeben, die Gewerksvereinsblätter tüchtig zu studieren, insbesondere das „Schächische Gewerksvereinsblatt“, das Organ unseres Ausbreitungsverbandes.

Auf die Ausperrung noch näher einzugehen, erübrigt sich wohl, da in den letzten Nummern des „Gewerksvereins“, des „Schächischen Gewerksvereinsblattes“ und der „Textilarbeiter-Korrespondenz“ dies zur Genüge getan worden ist.

Nur an eines sei erinnert: Die „Deutsche Metallarbeiterzeitung“ hat trotz zweimaliger Aufforderung den Sperrvermerk nicht gebracht, sodas der Hauptleitung des Verbandes nicht mit Unrecht der Vorwurf entgegengehalten werden muß, das sie durch diese Unterlassung indirekt Streikbrecher vermittelte.

Auch waren die festgelegten resp. zugerechneten Verbändler nicht zu bewegen, sich dem Streik anzuschließen bzw. wieder abzureisen. Zielbewußte Streikbrechererei!

Um den Mitgliedern immer mehr Bildung und Aufklärung zugänglich zu machen, ist im Laufe vorigen Jahres in Scheibenberg ein Disfuter-Institut ins Leben gerufen worden, welcher auch einen sehr erfreulichen Aufschwung genommen hat.

Neben Aufklärung über die gewerksvereintlichen Tendenzen wird über Sozialpolitik und über alle anderen die Arbeiter interessierenden Fragen diskutiert resp. vorgelesen.

Ebenfalls wurde in einer dieser Disfuterlesungen eine Resolution betr. die Revision ausgearbeitet und verschiedenen Folgeleistungen als auch dem hiesigen Stadtgemeinderat übermittelt. Beglückwünschte ich die auch dieser Anregung Folge gegeben und betr. Resolution an den Reichskanzler weiter befördert.

Die Arbeitsverhältnisse in unserm obgelegenen Winkel sind so primitiv, das sie höchstens von ähnlichen Winkeln Deutschlands noch überboten werden können. Besonders die Gewerbeaufsicht läßt hier viel zu wünschen übrig. So wird z. B. Festtag und Sonntag ohne heftigste Genehmigung gearbeitet, nicht einmal während der Kirche wird damit innegehalten. Eine Arbeitszeit von 15-16 Stunden, besonders zur Weihnachtszeit, bei geradezu miferablen Löhnen, ist an der Tagesordnung.

Vor allem werden die Arbeiterinnen und die Kinder in ganz ungezügelter Art ausgebeutet. Wir haben ferner zu klagen über ungenügende

Schulvorrichtungen, traurige Abortverhältnisse, schlechte Behandlungen u. s. w. Bei Bekanntmachung und Veröffentlichung dieser Missethate durch Berichte bin ich ganz besonders vom Ortsverbandsvorsitzenden, Kollegen R u b a c h, unterstützt worden, welcher auch infolge dessen von seinem Arbeitgeber, Herrn Arthur Schnorr, gemahregelt worden ist.

Von den Bestimmungen der Gewerbeordnung scheinen die Herren Arbeitgeber nicht eine Spur von einer Ahnung zu haben, sodas es wirklich angebracht wäre, selbige in der nachdrücklichsten Weise einmal damit bekannt zu machen.

Es ist wirklich wie ein Spohn auf die ganze Gesetzgebung, das gerade diejenigen Kreise, die sich immer brüsten die staatsberhaltenden zu sein, mit allen unerlaubten Mitteln, gerade die von diesem Staate erlassenen Arbeiter-schutzbestimmungen zu umgehen versuchen.

Leider trägt an diesen Zuständen auch ein Teil der Arbeiter schuld. Anstatt das ihnen angeichts der traurigen Verhältnisse die Schamöde ins Gesicht steigen müßte, bringen sie es fertig, durch Anschlag an Altimbinervereine eine Zerspaltung der Arbeiterschaft herbeizuführen.

Sache aller überzeugten Gewerksvereiner muß es sein, solche Arbeitsverhältnisse als auch derartigen Indifferentismus abzuschaffen bzw. zu bekämpfen. Also, hinweg mit der Unzeit und Gleichgültigkeit, fort mit der Hilfsmüde des deutschen Reichs, beteiligt (auch mehr an den Versammlungen und an alles, was Euch vom Ortsverband und Eurem Ortsverein geboten wird, dann kann und muß das Leben und Treiben im Ortsverband und den einzelnen Ortsvereinen ein recht lebhaftes werden.

Begeisterung, Himmelsstocher!
Sag dich zur Erde nieder
Und schwing' auf unsern Häuptern
Dein siegreich Banner wieder!
Scheu dich ihn hinweg, den Unhold,
Den Damon unsrer Zeit,
Das schleich' lahme Schenkel,
Genannt Gleichgültigkeit!

Verbandsgenossen, tretet mit Begeisterung für unsere Sache ein!
Oskar Beigel, Ortsverbandsschriftführer.

Verbands-Zeil.

* Gewerksverein der Graphischen Berufe und Maler.

Wir bringen hiermit allen Mitgliedern zur Kenntnis, das der Generalrat unter Zuziehung der auswärtigen Generalsekretäre beschlossen hat, den neunten ordentlichen Delegiertenkongress am 28. Juli laufenden Jahres und den darauf folgenden Tag in Gera abzuhalten.

Bezüglich der Einreichung von Beiträgen bitten wir § 24 des Statuts zu beachten.

Gera, den 9. Februar 1906.

Für den Generalrat:
Hr. Schreiber, G. Prüfer,
Vorsitzender, Generalsekretär.

Versammlungen.

Berlin. Disfuterklub der Deutschen Gewerksvereine (D.-B.). Sitzung jeden Mittwoch, ab 8 1/2-10 1/2 Uhr im Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine, NO., Greifswalderstr. 221/223. Gäste stets willkommen. — Sängerkor der Deutschen Gewerksvereine (D.-B.). Jeden Donnerstag, abends 9-11 Uhr, Übungsstunde im Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — Sonnabend, 17. Februar. Maschinenbau- und Metallarbeiter IV. Ab. 8 1/2 Uhr, bei Beuer, Zellwitzerstr. 3. Vortrag. Monatsbericht. Sozialfonds. Werkstattangelegenheiten. Verschiedenes. — Maschinenbau- und Metallarbeiter V. Ab. 8 Uhr, Kottbuserstr. 4a. I.-D.: Protokoll. Vortrag des Kollegen Joseph. — Maschinenbau- und Metallarbeiter XI. Ab. 8 1/2 Uhr, bei Bode, Säbenerstr. 28. Vortrag des Kollegen Reuß über: Koalitionsrecht und „Pflcht“. — Stahlarbeiter. Ab. 8 1/2 Uhr, bei Sponow, Sanderbergstr. 6. I.-D.: 1. Besprechung über den Besuch der hiesigen Weberstraße. 2. Aussprache über die Primararbeit. Aufstellung. 3. Mitteilungen. — Fabrik u. Handarbeiter I. Ab. 9 Uhr, Restaurant, Tempelherrenstr. 20a. I.-D. daselbst. — Sonnabend, 24. Februar. Graph. Berufe II. Ab. 1/29 Uhr, Familienkränchen mit Kaffeepause, Jahnstr. 10, Beuthstr. 20, wozu alle Mitglieder, auch die der Ortsvereine, freundlichst eingeladen sind.

Charlottenburg. Maschinenbau- u. Metallarbeiter. Ab. 8 1/2 Uhr bei Schweiger, Berlinerstr. 121. I.-D.: Vortrag des Kollegen Dornblüth-Berlin. Verschiedenes. — Schöneberg u. Umgegend. Graph. Berufe und Maler. Montag, 19. Februar, Ab. 8 1/2 Uhr, im Restaurant Sorge, Hauptstr. 96.

Orts- und Bezirksverbände.

Stettin (Disfuterklub der Deutschen Gewerksvereine für Stettin und Umgegend). Jeden Donnerstag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Sitzung bei Brauer, Stettin, Bullenstr. 22. (Gäste stets willkommen). — Norddeutscher Ausbreitungsverband (Stettin). Jeden Donnerstag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Lokal des Herrn Biele, Stettin, Neustr. Nr. 2. Disfuterabend. Gäste stets willkommen. — Berlin und Vororte (Bezirksverband). Sonntag, 18. Februar, vorm. 10 Uhr, Greifswalderstr. 221/223. I.-D.: Rassen- und Revisionsbericht pro IV. Quartal 1905. Jahresbericht pro 1905. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. Antrag des Verbandes zu §§ 2 u. 11 der Geschäfts- und Rassenordnung. Geschäftliches. — Romanow-Kemendorf (Ortsverband). Sonnabend, 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Regel, Lindenstraße. I.-D.: Vortrag des Kollegen Schlich mit d. Berlin. Die Bedeutung der Gemeindegewalt. — Oberes Ranneggebiet (Ortsverband). Sonntag, 4. März, nachm. 4 Uhr, Ausschussung, 1/5 Uhr öffentl. Ortsverbandversammlung bei Gastwirt Hämmer in Bönzel. I.-D.: Geschäftliches. Vortrag: Was tun die Deutschen Gewerksvereine für den Arbeiter?

Mit dieser Resolution beschäftigte sich am Sonntag, den 4. Februar, eine von mehr als 300 Kollegen besuchte Versammlung des D.-B. der Maschinenbauer im Lokale des Herrn van de Roo. Nach Kenntnisnahme eines Referats des Beamten Kollegen Jakob, wurde von allen Mitgliedern die Handlungsweise des Herrn K. verurteilt. Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme. Die heutige im Saale des Herrn van de Roo tagende Gewervereinsversammlung, welche von über 100 Kollegen besucht ist, erklärt, daß die in der Versammlung des evangelischen Arbeitervereins am 28. Januar vom Referenten, Herrn Rassenbeul, eingebrachte Resolution, welche gegen 2 Stimmen der Gewervereinsmitglieder angenommen wurde, nicht der Wahrheit entspricht, denn die Ausführungen des Referenten haben durchaus nicht den Beweis erbracht, daß die H.-D. Gewervereine weder freisinnig noch sozialdemokratische Vorhuten sind, noch eines von beiden je gewesen sind. Sondern wir können nur jedem evangelischen sowie katholischen Arbeitskollegen empfehlen, sich den H.-D. Gewervereinen anzuschließen, denn durch diese werden die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter vertreten. Sie pflegen aber auch wahre Nächstenliebe, indem sie nicht danach fragen, ob evangelischer oder katholischer Arbeitskollege, also ein Kampf auf religiösem Gebiet ausgeschrieben ist, welches bei den sogenannten christlichen Gewerkschaften oder nicht der Fall ist. (Siehe katholische Hochabteilungen. Der Einseher.) Es wurde besonders vom Referenten noch darauf aufmerksam gemacht, in die Arbeitervereine einzutreten, damit man auch auf dem Gebiet der wahren Neutralität aufkläre, welche bei den H.-D. Gewervereinen stets gehalten wird.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände für das Jahr 1905.

Ortsverband Eberbach a. R.
 Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 8 kombinierten Sitzungen und 5 Versammlungen, darunter eine öffentliche.
 Am 28. Mai fand hier eine Bezirkskonferenz des Süddeutschen Ausbreitungsverbandes statt.
 Am 18. August entsandte der Ortsverband zwei Delegierte zu der 2. Konferenz der badischen Arbeiterbeiräte bei den Gewerkschaften in Karlsruhe. Am 4. September wandte sich der Ortsverband mit einer Eingabe an den hiesigen Gemeinderat, um Erhöhung des ortsbildlichen Zags, worauf uns auch eine zugehörige Antwort zu teil wurde und zwar dahingehend, daß im Jahr 1906 eine Neuregelung stattfinden soll.
 Am 8. November nahm der Ortsverband zu der Reichsfeierstellung Stellung und faßte den Beschluß, beim hiesigen Gemeinderat um Einführung eines häßlichen Nischentafels nachzusuchen, um den arbeitenden Klassen einen billigen Ersatz für das leere Fleisch zu ermöglichen. Der Gemeinderat hat unserem Antrage bereitwilligst stattgegeben.
 Ein fruchtbares Handlungsgedehen der hiesigen Ortsvereine zu ernster Arbeit im neuen Jahre möge uns einen weiteren Erfolg sichern, denn wir haben hier noch weitere, dem Arbeiterinteresse dienende Kämpfe in Aussicht. Darum großen Mut in das neue Jahr einzutreten! Kraftvoll und energisch wollen wir wirken und uns stets an den Wahlspruch halten:
 Bereit sind auch die Schwachen stark!
 Johann Wolf.

Ortsverband Färth.
 Der Verband hielt 14 Sitzungen und 3 Versammlungen ab und veranstaltete am 8. Juli eine Trauerandacht zu Ehren unseres verstorbenen Anwalts. Von auswärtigen Rednern konnten wir hier in Versammlungen begrüßen die Kollegen O. L. auf Berlin, S. auf Magdeburg. Berlin und den Agitationsleiter K. auf Magdeburg. Die anfangs 1905 einsetzende Bewegung in unserm etwa 100 Mitglieder zählenden Ortsverein der Frauen, von denen die meisten der Schlägerbrände angehören, wurde erst Ende März geregelt. Schon im Mai wurde seitens der Kollegarbeiter die Bewegung zur Erzielung besserer Arbeitsbedingungen eingeleitet und der am 28. August ausgebrochene Streik von 1400 Holzarbeitern, von denen 120 uns angehören, dauerte bis 10. Oktober. Zur Unterstützung unserer Mitgliedsberechtigten wurde uns aus vielen Orten, namentlich vom Norden, ganz bedeutende Zuwendungen gemacht. Hierfür an dieser Stelle nochmals unsern Dank mit der Versicherung, im gegebenen Falle auch dienlich zu sein. Leider hatte die Bewegung für unseren Verein einen negativen Erfolg. Ein Teil der Mitglieder wurde abtrünnig. Das soll und darf uns aber nicht hindern, in der vorgezeichneten Bahn weiterzuarbeiten. — Im Laufe des Jahres ist es uns gelungen, für die Wahlen zum Gewerbegericht das Proportionalstimmrecht durch unsere häßlichen Kollegien auf unsere Bitten zu erhalten.
 Am Schluß des Jahres zählten wir in 8 Ortsvereinen etwa 600 Mitglieder. Der D.-B. der Klempner ging in den D.-B. der Maschinenbauer über, hierfür hatten wir die Freude, den neugegründeten D.-B. der Textilarbeiter zu begrüßen. Wünschen wir, daß das Jahr 1906 friedlichere Bahnen wandle, wir sein Vorgänger.
 Henger I, Sekretär.

Ortsverband Kaiserslautern und Umgegend.
 Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 18 Ausschusssitzungen, 4 kombinierten Ausschusssitzungen und 7 Versammlungen. Sämtliche Ausschusssitzungen und Ortsverbandsversammlungen fanden in Kaiserslautern statt. Von den 7 Versammlungen waren 4 die statutenmäßigen Quartalsversammlungen. Von den übrigen 3 fand die erste am 24. Mai statt. Diefelbe war eine öffentliche und war der ganze Stadtrat nebst dem Herrn Bürgermeister anwesend. Das Thema des Abends war der 8. März 1905. Als Referent sprach Kollege Richard Rebin, der Vorsitzende des in diesem Jahre neugegründeten D.-B. der Deutschen Kaufleute. Den eifrigsten und unermüdeten Bemühungen des D.-B. der Deutschen Kaufleute ist es in erster Linie zu danken, daß wir ab Neujahr 1906 den 8. März feierlich haben.
 Die zweite Versammlung fand am 9. September statt und war eine nichtöffentliche. In derselben sprach der für Kaiserslautern neuernannte Agitationsleiter des Gewervereins der Maschinenbauer, Kollege Balzer aus Mannheim. Derselbe sprach über Kapital und Arbeit und führte in seinem Vortrage den Mitgliedern die Notwendigkeit der Organisation so recht vor Augen.

Die dritte Versammlung fand am 2. Dezember im Karlsbergsaale statt. Als Referent sprach in derselben Herr Redakteur Gärtlein-Mannheim, von der „Badsch-Bischoflichen Volkszeitung“. Derselbe sprach über: „Die neue Zeit und der neue Geist in der deutschen Arbeiterbewegung“. In der dem Vortrage folgenden freien Diskussion, wurden die Ausführungen des Referenten von den Rednern der sehr zahlreich erschienenen freien Gewerkschaften sehr heftig angegriffen. Unser Kollege Balzer widerlegte die Ausführungen der Gegner Schlag für Schlag. Nachdem nun der Referent in seinem Schlussworte die Ausführungen der Gegner ebenfalls zutreffend zurückgewiesen hatte, konnte jeder Gewerkschafter mit dem Bewußtsein die Versammlung verlassen, daß die Unterlegenden nicht wir waren. Zu wünschen wäre nur, daß im Interesse des Ortsverbandes recht oft solche Versammlungen stattfinden können.
 Weiter ist noch zu berichten, daß im verfloffenen Jahre ein D.-B. der Frauen gegründet wurde. Der D.-B. der Maschinenbauer, welcher der größte am Plage war, hat sich geteilt, so daß wir jetzt zwei Ortsvereine der Maschinenbauer hier haben. Die richtig dieses war, beweist der Umstand, daß beide Ortsvereine eine ganz bedeutende Mitgliedszunahme erfahren haben.
 Ferner ist im Ortsverband ein Gesangsverein gegründet worden, in welchen laut Statut nur Gewerkschafter aufgenommen werden können. Das Zustandekommen des Gesangsvereins ist größtenteils das Verdienst des D.-B. der Fabrik- und Handarbeiter. Die Zahl der Mitglieder betrug am Schluß des Jahres im Ortsverband 480.
 Adam Hertel.

Ortsverband Leipzig.
 Der Ortsverband hielt im verfloffenen Jahre 12 Vertreteritzungen und 5 Sitzungen des engeren Ausschusses ab. Es wurden gezählt 185 schriftliche Eingänge und 65 Eingänge. Versammlungen fanden 4 statt. Kollege Berndt-Dresden sprach über den Sächsischen Ausbreitungsverband. Mit dem Ortsverband Leipzig-West wurde über die Gründung eines gemeinsamen Arbeitsnachweises verhandelt. Dessenartige Versammlungen fanden 3 statt. In einer sprach Kollege Reuherdt-Berlin über den Bergarbeiterstreik im Anhaltgebiet, in der zweiten Kollege Geyer-Weißfels über den Schuhmachereistreik und in der dritten Versammlung Herr Dr. Kahn-Dresden über Zweck und Ziele des Sächsischen Ausbreitungsverbandes. Dieser Redner führte aus, daß das Versichungswesen und die Versorgungsanstalt dem Gewerkschafter nicht genügen dürfe. Die Mitglieder der Gewerkschaftervereine sollten sich nicht bloß als organisierte Arbeiter, sondern auch als Bürger in der Gemeinde, im Staat und im Reiche fühlen und deshalb auch regen Anteil nehmen an den Wahlen. In einem Ortsverbands-Vortrag sprach Kaufmann Eusmann über Japan und in einer zweiten Versammlung Herr Dr. Reinitz über Antikarische Tätigkeit und Entstehung der Gebirge. Es wurden dann noch zwei Vorträge mit optisch-physikalischen Experimenten gehalten. Diese und 25 Theateraufführungen hatten auch einen guten materiellen Erfolg. Aus dem Ertrage konnten 485 Mk. für ausgeschleppte und streikende Kollegen, 85 Mk. Zuschuß an die Redaktionskasse, 27,50 Mk. für durchgehende Verbandsgenossen und 50 Mk. für Anteilsgeld für das „Sächsische Gewerkschaftsblatt“ bezahlt werden. Am 14. Oktober fand im Saale „Sausouci“ ein Herbstfesttag statt. In beschränkter Anzahl stellte uns das Kunstgewerbemuseum Freizeiten zu 8 Vorträgen zur Verfügung. An den Ortsverbanden- und Gewerbegerichtswahlen haben wir uns nicht beteiligt, weil keine Aussicht auf Erfolg bestand. Der Ortsverband trägt sich längere Zeit mit dem Gedanken, ein eigenes Lokal fest zu mieten, welches den 1. April bezogen werden soll.
 Hoffmann, Schriftführer.

Ortsverband für das obere Lenneggebiet.
 Der Ortsverband zählt 14 Ortsvereine mit 524 Mitgliedern. Wir haben abgehalten 5 Sitzungen und 9 öffentliche Versammlungen. Am 8. Januar sprach in Altendorf Kollege G. d. s. - Regen über die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse. Am 5. März sprach Böller-Kemnitz in Finnetrop über den Bergarbeiterstreik. Am 2. April übertrug Regen in Altendorf über den Bergarbeiterstreik. Sodann wurden Vorträge gehalten durch den Kollegen Reil-Gierberg am 22. Januar inörde über: „Was tut dem Arbeiter not?“ am 28. in Altendorf über den Bergarbeiterstreik am 24. in Regen über die Gewerkschaftspressen und am 25. in Würdinghausen ebenfalls über die Gewerkschaftspressen. Einen lebhaften Kampf führen die Christlichen in den Versammlungen und in der Presse gegen uns und stellen uns als eine religionsfeindliche Organisation hin. Wir sahen uns daher veranlaßt, diese Fragen in einer Versammlung am 10. Dezember zu Finnetrop durch den Kollegen Braun-Dortmund behandeln zu lassen. Unser Referent bezeichnete das Verhalten der Christlichen als in höchstem Maße unchristlich. In den Gewerkschaften werde niemand ein Wortwort aus seiner religiösen Auffassung gemacht. Zur Diskussion wurden die anwesenden Christlichen aufgefordert, nun ihre Behauptungen zu beweisen. Als es aber galt Farbe zu bekennen, da blieben sie stumm. Behauptung bedauert muß werden, daß die Verbandsversammlungen nicht immer gut besucht sind, verschiedene Ortsvereine sind regelmäßig zahlreich vertreten, andere wieder aber lassen sich ein ganzes Jahr hindurch nicht sehen in den Ortsverbandsversammlungen. Im neuen Jahr muß dies besser werden!
 Egon Strauß, Schriftführer.

Ortsverband Rammberg a. G.
 Der Ortsverband hielt 4 Versammlungen ab und betrieb in 7 Ausschusssitzungen. Die Rechtsausschusssitzung trat zweimal in Tätigkeit. Der Arbeitsnachweis wird leider nur wenig benutzt. Im letzten Jahre kamen nur 7 durchgehende Verbandsgenossen zur Empfangnahme des vom Ortsverband gestifteten Geschenks. Im Laufe des Jahres ist hier ein D.-B. der Fabrik- und Handarbeiter gegründet, derselbe trat jedoch dem Ortsverband noch nicht bei. Bei Gelegenheit unseres Sommerfestes war eine außerordentliche Generalversammlung der Fabrik- und Handarbeiter in Rammberg veranstaltet, leider hat auch nicht ein Abgeordneter trotz unserer Einladung an dem Feste teilgenommen. Bei den statutenmäßigen Gewerbegerichtswahlen blieben wir in der Minorität. Bei solchen Wahlen muß von den Mitgliedern erwartet werden, daß sie die Bestrebungen des Ausschusses auch tatkräftig unterstützen.

Sterbetafel.

Burg (Fabrik- und Handarb.). **Ger mann Wegmann**, Schlosser, geb. am 20. Januar 1849, astl. am 26. Januar 1906 an Lungentzündung, 4 Tage krank gewesen. Mitglied der Kranken- und Sterbetafel.

Briefkasten.

H. B. in Schwerte. Der „Gewerkverein“ wird solange an die alte Adresse weiter gesandt, bis eine neue Adresse nach hier gemeldet ist. Die einfache Meldung des neugewählten Ortsverbandsvorstandes genügt nicht, es muß ausdrücklich geschrieben werden, daß der Gewerkverein an eine andere Adresse gesandt werden soll und diese Adresse muß genau angegeben werden.

Literatur.

Frankreich in Afrika stellt ein mächtiges Reich dar, das ein Drittel des schwarzen Erdteils umfaßt, wie die neue Karte von Afrika zeigt, die in dem soeben erschienenen 12. Heft von **Brochhaus' kleinem Konversationslexikon** enthalten ist. Diese Karte ist sehr lehrreich wegen der Marokko-Konferenz, auf der wichtige politische Fragen zur öffentlichen friedlichen Entscheidung gebracht werden sollen. Marokko und Äthiopien sind die einzigen afrikanischen Staaten, die noch unter eingeborenen Herrschern

leben und sich einer gewissen Selbständigkeit erfreuen. Alle anderen Gebiete Afrikas prägen in den Reihen der europäischen Staaten, denen sie angehörend. Die Karte beweist von neuem, wie der **Kleine Brochhaus** ein solcher, gründlicher und zuverlässiger Berater auch über das Neueste ist, so daß er für jedermann geradezu unentbehrlich ist. „Blut ist ein besonderer Saft“ ist ein alter Spruch, aber erst eine Chromotafel wie die im 10. Heft des **Kleinen Brochhaus** überzeugt und schlagend, welche seltsame Formen die Bestandteile des Blutes haben können. In den uns vorliegenden Seiten 10 bis 12 des **Kleinen Brochhaus** finden wir außerdem interessante statistische Beilagen und hübsch ausgeführte instruktive Bildertafeln, die uns die lustige Welt der Affen mit anatomischen Ergänzungen und, ebenfalls in ganz neuer Zusammenfassung, die verschiedensten Formen des Barock und Rokoko vorführen. Vom 2. bis 4. liegen bisher 24 Bogen vor, also mehr als der 6. Teil des ganzen Werkes, sodas man jetzt schon gut imhände ist, ein Urteil über die Anlage des Werks zu fällen. Man kann nur sagen, daß der **Kleine Brochhaus** allen Ansprüchen voll Genüge leistet, und daß er ein Hilfsmittel ist, das auf dem Schreibtisch des Gelehrten ebenso wenig fehlen darf als auf dem des Kaufmanns und in den Händen eines jeden Zeitungslers und jeden Arbeiters, der die Vorgänge in der Welt verfolgen will. Macht doch der billige Preis das Werk für jedermann erschwinglich.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Jahres-Ubersicht der Frauen-Begräbnisse des Verbandes pro 1905.

Einnahme		Ausgabe	
	ℳ	ℳ	ℳ
An Vortrag	3.8	Per Begräbnisgeld	2870
Beiträgen	519	Entschädigungen:	
Einschreibegeld	11	Vertrauensmänner	150
Kaution	27	Vorstandsitzungen	52
Zinsen	9434	Haupttreisoren	35
Ausgeloste Wertpapiere	600	Hauptkassierer	300
		Hauptkontroleur	240
		Protokoll d. Generalversammlung	15
		Kaiserl. Aufsichtsamt	1
		Inserate u. Drucksachen	77
		Kautionszinsen	14
		Gekaufte Wertpapiere	4213
		Zinsentschädigung	31
		Courtago und Stempel	10
		Depot-Gebühren	42
		Porto und Abtrag	194
		Umschlagkosten	11
		Kassenbestand	1355
			66
	9117		9117

Gesamtvermögen*)	Kassentwert	Kassentwert	Mitgliederzahl: 1585.
	ℳ	ℳ	
24% Berliner Stadt-Anleihe	22900	22785	50
20% Deutsche Reichs-Anleihe	55500	49339	50
Kassenbestand	1355	1355	66
	79755	78480	66

*) Einschließlich der seitens des Hauptkassierers und der Vertrauensmänner gestellten Kaution in Höhe von 377,68 ℳ.

Danksagung.

Für die zahlreichen Beweise aufrichtiger Freundschaft und Unterstützung für unsern verstorbenen Gatten und Vater

Karl Bertermann,

sagen wir dem Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine, dem Zentralrat des Gewerksvereins der Zigarren- und Tabakarbeiter und allen übrigen Hauptvorständen und Generalräten die am Grabe unseres lieben Verstorbenen erschienen waren und Kränze niederlegten, herzlichsten Dank. Wir werden im Geiste unseres Vaters weiter leben und die Tugend der Gewerksvereine bewahren, für welche unser Gatte und Vater allzeit gern gelitten und gestritten hat.

Berlin, 4. Februar 1906.

Witwe Karl Bertermann,
Karl Bertermann jr.,
Anna Bertermann,
Grete Bertermann.

Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine.

Mittwoch, 7. März, abends 8 1/2 Uhr,

im großen Saale unseres Verbandshauses, Greifswalderstraße 221/22,

IV. Volkswirtschaftlicher Abend.

Vortrag des Herrn **Rud. Lerch** über

Grundzüge der deutschen Wirtschaftsgeschichte.

Unsere Verbandsgenossen und -Genossinnen von Berlin und Umgegend werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Das Bureau des Zentralrats.

Heimarbeit-Ausstellung.

In Gemeinschaft mit dem „Verein für Sozialpolitik“ veranstalten die Gewerkschaften, kirchlichen und christlichen Gewerksvereine in der alten Kunst-Akademie, Unter den Linden 38, von Mitte Januar bis Ende Februar eine

Ausstellung von Erzeugnissen der Heimarbeit.

Für alle Gewerksvereiner, wie überhaupt für die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, ist der Eintritt kostenfrei! Alle übrigen Besucher bezahlen ein Eintrittsgeld von 25 Pfennig. Die Ausstellung ist von 10 morgens bis 9 Uhr abends, auch Sonntags, geöffnet.

Wir fordern unsere Verbandsgenossinnen und -Genossen von Berlin und Umgegend auf, die Ausstellung zu besuchen und grüßlich zu studieren. Für den Eintritt legitimiert das Mitgliedsbuch.

Das Bureau des Zentralrats.

Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine

Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/22.

Treffpunkt aller Gewerksvereinskollegen an den Abenden und . . . an jedem Sonntag . . . Prädigende Besuche, große Restauration mit vorzüglicher Küche, vier Regelbahnen. Alles den Anforderungen der Neuzeit entsprechend eingerichtet. Zur Abhaltung von Versammlungen, Sitzungen, Wintervergnügungen jeder Art allen Ortsvereinen und Mitgliedern bestens empfehlend, ladet zum Besuch freundlichst ein

Carl Berndt, Deponom.

Wärlheim (Wahr) (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Unterhütung beim Kollegen **Heinrich Roth, Charlottenstr. 86.**

Patentbureau

Paul Havos, Ingenieur

Halle a. S.

Patentanmeldung einschl. Prüfungsgebühr M. 65.
Gebrauchsmusteranmeldung einschl. 3 jähriger Gebühr M. 80.
Verwertung guter Schutzrechte wird mit Erfolg durchgeführt.

Fagen i. B. (Ortsverband). Durchreisende Mitglieder des Gewerksvereins erhalten freies Abendbrot, Nachschloß und Frühstück. Karten beim Genossen **Ger mann Lambert, Bethoffstr. 18.** (Arbeitsnachweis dabei!).

Obererzgebirgischer Ortsverband. Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Reiseunterstützung in Scheibenberg beim Koll. **Karl Köhler, Schloßhaustr. und in Buchholz (Zabitz) beim Koll. Max Rein, Gärtenstr. 8.**